

65594 Runkel, den 18.09.2014

Niederschrift

über die 37. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel, zu der für Mittwoch, den 17.09.2014, um 19.30 Uhr in den Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Runkel einberufen und ordnungsgemäß geladen war. Es sind erschienen:

Als stimmberechtigte Stadtverordnete:

<ol style="list-style-type: none">1. Gregor Adler2. Erhard Becker3. Margret Bergmeier4. Dr. Manfred Birko5. Bernhard Brahm6. Alexander Bullmann7. Frank Burggraf8. Lothar Burggraf9. Christoph Demel10. Ulrich Eisenberg11. Günter Gebhart12. Manfred Hastrich13. Lothar Hautzel14. Jörg-Peter Heil15. Michael Kilb16. Anton Krtsch17. Thomas Kuhlisch	<ol style="list-style-type: none">18. Armin Naß19. Bernhard Polomski20. Klaus Preusser21. Ragnhild Schreiber22. Michaela Thomas23. Klaus-Jürgen Wagner
--	---

Seitens des Magistrates:

<ol style="list-style-type: none">1. Bürgermeister Friedhelm Bender2. Getrud Burggraf3. Peter Butzbach4. Antonius Duchscherer5. Sabine Hemming-Woitok6. Christian Janevski7. Silvia Lißner	
--	--

Entschuldigt fehlen von Seiten der SPD-Fraktion die Herren Stadtverordneten Rainer Röth, Dr. Gerhard Ruttmann, Eberhard Bremser, Hans-Karl Trog. Von Seiten der CDU-Fraktion fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten Volker Rosbach, Johannes Ruttmann, und Bernd Eckert. Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fehlt entschuldigt Frau Werbunat-Hofmann.

Seitens des Magistrates fehlen entschuldigt die Herren Stadträte Andreas Kuhn, Wolf-Dirk Rübiger, Patrick Schäfer und Frau Stadträtin Sandra Müller.

1) Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schreiber eröffnet die Sitzung um 19.35 Uhr mit der Begrüßung aller Anwesenden und dem Dank an den Magistrat sowie dem Haupt- und Finanzausschuss und an alle, die an der Vorbereitung der Sitzungsthemen, des Sitzungsmaterials und der Gestaltung des Sitzungsraumes mitgewirkt haben.

Zur Feststellung der Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung gibt sie bekannt, dass die Einladung an die Mitglieder ordnungsgemäß erfolgt ist, indem sie am 08.09.2014 per Post versandt wurde und somit die Frist von spätestens 9 Tagen vor dem Sitzungstermin eingehalten wurde.

Dem folgt die Bekanntmachung, dass mit 23 stimmberechtigten Mitgliedern mehr als die Hälfte der 31 Stadtverordneten anwesend sind. **Auf dieser Grundlage stellt die Stadtverordnetenvorsteherin sodann die Beschlussfähigkeit der Sitzung fest** und leitet in die Tagesordnung über.

2) Anfragen an den Magistrat

Herr Bürgermeister Bender begrüßt alle Stadtverordneten und Gäste und teilt mit, dass keine Anfragen vorliegen.

3) Gründung einer Gesellschaft

hier: Beratung des Gesellschaftsvertrages mit evtl. Beschlussfassung oder Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss

Herr Bürgermeister Bender erläutert hierzu noch einmal kurz, dass Herr Rechtsanwalt Michael Becker, MNT, die möglichen Rechtsformen/Gesellschaftsformen zur Aufgabenerfüllung der Kommune in einer Arbeitssitzung am 09.10.2013 dargestellt hat. Am 30.01.2014 fand eine weitere Informationsveranstaltung statt, in der Herr Michael Becker die Aufgaben einer Kommunalen GmbH dargelegt hat. Die Stadtverordneten haben umfangreiche Unterlagen darüber erhalten.

Herr Fraktionsvorsitzender Eisenberg (Bündnis 90/Die Grünen) sieht keine neuen Aspekte, die für die Gründung einer Gesellschaft sprechen.

Herr Jörg-Peter Heil (CDU) berichtet aus der CDU-Fraktionssitzung.

Die CDU-Fraktion dachte, dass das Thema „Gründung einer Gesellschaft“ für die Stadt Runkel erledigt sei, da laut Herrn Becker (MNT) keine Kostenersparnis möglich sei. Im Gegenteil, es würden neue Kosten entstehen und es wäre zusätzliches Personal erforderlich. Die angegebenen Kosteneinsparungen durch steuerliche Vorteile hat Herr Becker (MNT) in seinen Vorträgen widerlegt. Eine GmbH ist Körperschaftssteuerpflichtig und gewerbesteuerpflichtig. Ein Vorsteuerabzug entfällt grundsätzlich, da die Leistung für hoheitliche bzw. nichtwirtschaftliche Bereiche wie z.B. die Stadt Runkel erbracht wird.

Zusammenfassend kam Herr Becker (MNT) zu dem Ergebnis, dass für eine Stadt wie Runkel eine GmbH nur sinnvoll an einem konkreten Projekt mit konkreter Zielbeschreibung sei, wenn man eine Geschäftsform mit einem externen Investor gemeinsam finden möchte, aber auch da sei es sinnvoll, wenn dann die Ressourcen durch den externen Investor eingebracht werden, da sonst die Kosten bei der Stadt auflaufen. Die CDU-Fraktion kam nach Abwägung zu dem Schluss, dass die Gründung einer Gesellschaft für die Bürger der Stadt Runkel negative Folgen hat.

Die CDU-Fraktion hat folgenden Beschluss gefasst:

Die Gründung einer Gesellschaft ist für die Stadt Runkel weder notwendig noch sinnvoll und deshalb abzulehnen.

Herr Fraktionsvorsitzender Becker (Bürgerliste) teilt den Beschluss der Bürgerliste wie folgt mit:

Der vorgelegte Gesellschaftsvertrag ziele u.a. darauf ab, für die Stadt Runkel einen neuen Bauhof zu bauen. Dies wäre zumindest die Grundidee für die Gründung einer GmbH. Eine direkte Finanzierung durch die Stadt Runkel sei nicht unproblematisch. Eine Darlehensaufnahme für den Bau würde sicherlich bei der Kassenlage der Stadt Runkel nicht genehmigt. Auf der anderen Seite müsse die Stadt Runkel aber auch die Vorgabe der Arbeitsstättenverordnung auch für die Mitarbeiter des Bauhofs erfüllen. Es müsste noch eine andere tragbare Regelung für den Neubau des Bauhofs zu finden sein. Die Bürgerliste sieht durch die Gründung einer GmbH keine Lösung für die Stadt Runkel. Allein die Tatsache, dass die GmbH alle ihre Unkosten für den neuen Bauhof in die Pacht, die von der Stadt Runkel zu bezahlen wäre, einrechnen müsse, um die Forderung des § 121 HGO zu erfüllen, stelle sich die Frage nach der Wirtschaftlichkeit einer solchen Konstruktion. Die Vorgaben der Hessischen Gemeindeordnung würden bereits durch Herrn Heil im Wesentlichen aufgeführt. Die Bürgerliste könne sich nicht vorstellen, dass ein Mitarbeiter der Verwaltung die Geschäftsführerposition fachgerecht begleiten könnte. Die Bürgerliste frage sich, ob dies wirtschaftlich und gegenüber den Bürgern vertretbar sei. Denn diese müssten die Kosten aufbringen, egal ob diese in der Jahresrechnung der Stadt Runkel aufgeführt würden oder ob es sich um Schulden der GmbH handelt, für die letztlich die Stadt Runkel bürge.

Die Fraktion der Bürgerliste stimmt der Gründung einer GmbH nicht zu und fordert den Magistrat auf, nach Alternativen zu suchen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Birko, beantragt, den Tagesordnungspunkt 3 in den HFA zu verweisen.

Abstimmung: Ja – 9 **Nein – 13** Enth. – 1

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt, Tagesordnungspunkt 3 nicht in den HFA zu verweisen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schreiber leitet zur Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 3 über.

Abstimmung: Ja – 0 **Nein – 14** Enth. – 0

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel stimmt der Gründung der Grundstücks- und Energie GmbH Runkel gemäß dem vom Magistrat vorgelegtem Gesellschaftsvertrag nicht zu.

Die SPD-Fraktion nimmt nicht an der Abstimmung teil.

**4) Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2014;
hier: Bericht und Beschlussempfehlung durch den Vorsitzenden des Haupt-
und Finanzausschusses, Herrn Günter Gebhart**

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Günter Gebhart, berichtet aus der HFA-Sitzung wie folgt:

„Der 1. Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2014 ist in der HFA-Sitzung am 09.09.2014 eingehend beraten worden.

Der 1. Nachtrag weist im Ergebnishaushalt mit **Erträgen** von **14.404.700 €** und **Aufwendungen** von **17.020.300 €** ein **negatives Ergebnis** von **2.615.600 €** aus. Die Erträge sind um 365.000 € niedriger als ursprünglich geplant, die Aufwendungen sind um 82.000 € niedriger, daher steigt der Verlust um 283.000 € gegenüber dem Haushaltsplan. Im Finanzhaushalt steigt der **Zahlungsmittelbedarf** bei unveränderten Gesamtinvestitionen um 335.000 € auf **2.536.600 €**. Er wird die Inanspruchnahme von Kassenkrediten entsprechend erhöhen.

Die deutlichste Veränderung bei den Erträgen ergibt sich aus einer Gewerbesteuer-Rückzahlung von ca. 1,0 Mio. €. Sie frisst nicht nur die zusätzlichen Erträge aus der Erhöhung der Hebesätze bei Gewerbe- und Grundsteuern auf, sondern auch die positive Entwicklung bei den Einkommenssteuern. Auch unter Berücksichtigung einer niedrigeren Gewerbesteuer-Umlage verbleiben noch Mindererträge von 266.000 €.

Bei verschiedenen Aufwandspositionen im Bereich der Sach- und Dienstleistungen sind die Ansätze an bisher nicht oder nicht in dieser Höhe geplanten Beträgen angepasst worden. Auf eine mögliche Deckung durch nicht oder nicht in voller Höhe getätigte Aufwendungen wurde aus Vorsichtsgründen verzichtet, wodurch die erhöhten Ansätze das Planergebnis natürlich weiter verschlechtert haben.

Einen weiteren nennenswerten Posten bilden die vom Wasserverband Georg-Joseph angeforderten Zuschüsse für dort zu leistende Mehraufwendungen von 40.000 €.

Einen breiten Rahmen in der HFA-Diskussion hat der Ersatz des 16 Jahre alten Mobilbaggers des Bauhofs eingenommen. Der Bagger ist im Mai/Juni 2014 repariert worden, für eine Ersatzbeschaffung eines gebrauchten Gerätes wurden 51.000 € veranschlagt. Die Notwendigkeit eines Baggers ist über Auslastungsnachweise dargelegt worden. Da der Bagger zurzeit funktionstüchtig ist, soll die Anschaffung eines Ersatzgerätes erst bei einem erneuten längeren Ausfall durchgeführt werden.

Weiterhin haben wir ausführlich über die Anforderung einer zusätzlichen Stelle im Bereich der Bauverwaltung diskutiert. Diese Stelle soll mit einem kw-Vermerk (künftig wegfallend) versehen werden. Erforderlich ist sie aufgrund eines längerfristigen, krankheitsbedingten Ausfalls einer Mitarbeiterin. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint nicht absehbar zu sein, wann bzw. ob überhaupt mit einer Rückkehr an den Arbeitsplatz zu rechnen ist. Zur sach- und termingerechten Erledigung der anfallenden Aufgaben ist eine Ersatzkraft unbedingt erforderlich. Für diese ist die Stelle vorgesehen, die bei Ausscheiden oder Rückkehr der ausgefallenen Mitarbeiterin dann wegfällt.

Der HFA hat am Ende der Diskussion beschlossen, den 1. Nachtrag wie eingebracht zur Annahme vorzuschlagen. Zwar hätte an der einen oder anderen Stelle nachgebessert werden können, die zahlenmäßig bedeutsamen Positionen sind jedoch erforderlich. Etwaige Änderungen bei den Sach- und Dienstleistungen hätten das Gesamtbild nur unwesentlich verbessert.

Der Beschluss im HFA ist jedoch sehr uneinheitlich ausgefallen:

Vier Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und eine Enthaltung bei sieben anwesenden HFA-Mitgliedern.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Birko, teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Nachtragshaushalt zustimmt.

Herr CDU-Fraktionsvorsitzender Naß teilt mit, dass die CDU-Fraktion gegen die Genehmigung des Nachtragshaushaltes ist. Sie befürwortet allerdings die Einstellung einer Ersatzkraft für das Bauamt.

Die CDU-Fraktion beantragt eine Einzelabstimmung über den Personalposten.

Herr Fraktionsvorsitzender Becker (BL) erläutert, dass die Bürgerliste zu Tagesordnungspunkt 4 zwei Anträge stellt.

A. Anschaffung eines Mobil-Baggers:

Die Bürgerliste beantragt, dass über den Ansatz für die Anschaffung eines Baggers im Nachtragshaushalt 2014 zunächst ein Sperrvermerk gelegt wird bis die von der Bürgerliste angesprochenen Fragen beantwortet sind:

- 1. Ist eine interkommunale Zusammenarbeit für den Einsatz eines Baggers einmal mit den Nachbargemeinden angesprochen worden, ob dies für die Beteiligten nach dem Haushaltskonzept der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ein gangbarer Weg wäre?**
- 2. Wurden unter den Gesichtspunkten Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit auch andere Möglichkeiten als Alternativen zu dem Kauf eines Baggers geprüft? Z.B. Leasing?**

B. Übernahme der Theke in der Stadthalle Wirbelau:

Die Bürgerliste beantragt, dass die erforderlichen Anschaffungskosten für die Theke in der Stadthalle Wirbelau in den jetzt zu beschließenden Nachtragshaushalt noch aufgenommen werden.

Herr Fraktionsvorsitzender Eisenberg (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Nachtragshaushalt zustimmt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schreiber lässt über die Anträge der Bürgerliste abstimmen.

A. Anschaffung eines Mobil-Baggers:

Die Bürgerliste beantragt, dass über den Ansatz für die Anschaffung eines Baggers im Nachtragshaushalt 2014 zunächst ein Sperrvermerk gelegt wird bis die von der Bürgerliste angesprochenen Fragen beantwortet sind.

Abstimmung: Ja – 5 Nein – 13 Enth. – 5

Dieser Antrag ist somit abgelehnt.

B. Übernahme der Theke in der Stadthalle Wirbelau:

Die Bürgerliste beantragt, dass die erforderlichen Anschaffungskosten für die Theke in der Stadthalle Wirbelau in den jetzt zu beschließenden Nachtragshaushalt noch aufgenommen werden.

Abstimmung: Ja – 5 Nein – 13 Enth. - 5

Dieser Antrag ist ebenfalls abgelehnt.

C. Die CDU-Fraktion beantragt eine Einzelabstimmung über den Personalposten.

Abstimmung: Ja- 10 Nein – 10 Enth. - 3

Der Antrag ist abgelehnt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schreiber lässt nun über den Tagesordnungspunkt 4 abstimmen.

Abstimmung: Ja – 10 Nein – 7 Enth. – 6

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt die Nachtragshaushaltssatzung und den Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2014 in der vom Haupt- und Finanzausschuss beratenen Form.

Herr Naß (CDU) bittet Herrn Dr. Birko (SPD), die Redewendung, die CDU-Fraktion sei im „Bluttausch“ in Zukunft in den Sitzungen zu unterlassen.

Herr Dr. Birko entschuldigt sich daraufhin.

5) Genehmigung des Protokolls vom 23.07.2014 ggf. unter Beschlussfassung zu schriftlichen Einwendungen gegen die Richtigkeit nach § 32 (4) der Geschäftsordnung

Abstimmung: Ja – 21 Nein – 0 Enth. – 2

6) Mitteilungen des Magistrates

- Die aktuelle Einwohnerzahl der Stadt Runkel Stand 31.08.2014 liegt bei 9.659 Einwohnern. Die Einwohnerzahl ist weiter gesunken.
- Am 07.08.2014 teilte das Planungsbüro Zettl den Sachstand zur Bauleitplanung der Stadt Runkel Gewerbegebiet „Auf dem See“ wie folgt mit:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bender,

auf Veranlassung von Herrn Egenolf teile ich Ihnen kurz den aktuellen Sachstand zu o.g. Planung mit:

Wesentlich für das weitere Verfahren ist die abschließende Bewertung der Altablagerung. Die bisherigen Untersuchungen haben zwar die grundsätzliche Bebaubarkeit des Areals ergeben. Ungeklärt war aber weiterhin, ob vor der Bebauung ein Sanierungsbedarf im Hinblick auf einer möglichen Gefährdung des Grundwassers besteht. Hierzu haben wir im Frühjahr 2014 Gespräche mit Frau Simon-Weiß vom RP geführt. Dabei wurde vereinbart, zunächst eine historische Erkundung durchzuführen. Diese wurde von der Firma Egenolf beauftragt, die Ergebnisse liegen nun vor.

Hinweise auf eine Grundwasserhaltung während des Betriebs der Grube wurden dabei nicht gefunden, so dass der Grundwasserleiter vermutlich deutlich unter dem maximalen Sohlenniveau der ehemaligen Grube liegt. In Bezug auf eine mögliche Grundwassergefährdung ist dies positiv zu bewerten. Die Ergebnisse und das weitere Vorgehen sind nun mit Frau Simon-Weiß abzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen“

- Ausbau der Straßenbeleuchtungsanlage im Stadtteil Runkel im Bereich der Gemeindestraßen „Lahngasse“, „Zingelgasse“ und „Zur Bleiche“;
- Der Magistrat beschließt in der Sitzung am 03.09.2014, die Süwag Energie AG entsprechend zu beauftragen und die Maßnahmekosten aus den vorhandenen Mitteln des Kapitaldienstes heraus zu bestreiten. Die Gesamtkosten für die Teilbereiche belaufen sich auf 35.250,77 €. Der aktuelle Stand des Kapitaldienstes beträgt 358.638,22 €.

- Der Magistrat hat in der Sitzung am 03.09.2014 den Verkauf folgender Grundstücke beschlossen:

a) Grundstück Gemarkung Ennerich, Flur 4, Flurstücke 176, Größe 168 m², und 186, Größe 705 m² an Herrn Manfred Schneider, Verkaufspreis: 0,80 €/m², Gesamtverkaufspreis: 698,40 €.

b) Grundstück Gemarkung Runkel, Flur 4, Flurstück 93/10, Größe 213 m² und eine noch zu vermessende Teilfläche von ca. 290 m² des Grundstückes Gemarkung Runkel, Flur 4, Flurstück 93/9, an Herrn Horst Keiser aus Wiesbaden (Inhaber Restaurant Amalfi), Verkaufspreis: 15,00 €/m², Gesamtverkaufspreis: 7.545,00 €.

c) Grundstück Gemarkung Hofen, Flur 3, Flurstück 201, Größe: 153 m², an die Eheleute Gabriela und Wilfried Knöppel aus Hofen, Verkaufspreis: 10,00 €/m², Gesamtverkaufspreis: 1.530,00 €.

- Neues Mobiliar für den Sitzungssaal wurde bestellt. In der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist der Sitzungssaal mit neuem Mobiliar ausgestattet. Haushaltsstellen standen zur Verfügung.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schreiber bedankt sich und weist auf die nächste Sitzung am 15.10.2014 hin. Sie schließt die Sitzung um 21.05 Uhr.

(Ragnhild Schreiber)
Stadtverordnetenvorsteherin

(Birgit Butzbach)
Schriftführerin